

Rede von Winfried Nachtwei am 30. Juni 1995 im Bundestag zum Antrag der Bundesregierung, Bundeswehr nach Bosnien zu entsenden

In der Frage, ob deutsche Soldaten nach Ex-Jugoslawien, ob deutsche Tornados nach Bosnien sollen, ist die deutsche Bevölkerung völlig gespalten - aber nicht nur die deutsche Bevölkerung, sondern auch die Anhängerschaft der Parteien, die hier im Parlament sitzen. Eine letzte Umfrage ergab z. B.: 48 % der Anhänger von CDU/CSU sind gegen diesen Einsatz, 47 % sind dafür. Bei uns ist das Echo gespalten, bei der PDS ebenfalls, bei allen Parteien.

Dieser Meinungsriß geht nicht nur durch die Parteienanhängerschaften, sondern er geht auch bei vielen von uns hindurch. Ich denke, es ist ein Zeichen von Ehrlichkeit, dass es wenigstens zwei Fraktionen hinbekommen, hier auch Minderheitenpositionen zu Wort kommen zu lassen. Die Geschlossenheit von vor allem CDU/CSU und F.D.P. macht mich, muss ich

sagen, nur misstrauisch. Diese Geschlossenheit ist offensichtlich nur simuliert.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der PDS)

Wir haben heute vor allem die politischen Begründungen und mutmaßlichen Wirkungen des Bundeswehreinsetzes zu prüfen. Der Auftrag der ECR-Tornados könnte kaum begrenzter und moralischer formuliert sein: Sie sollen die NATO-Flugzeuge schützen, die die Eingreiftruppe zum Schutz der Blauhelme schützen.

Dabei sollen sie erst zum Einsatz kommen, wenn Blauhelme angegriffen werden und wenn der Tornado vom serbischen Feuerleitradar erfasst wird -- sozusagen als Akt der doppelten Selbstverteidigung. Doch die Bundesregierung lässt sich Hintertüren offen: Der Bundeswehreininsatz ist weder zeitlich noch zahlenmäßig begrenzt. Minister Rühle gibt wohl die mündliche Zusage, die Obergrenze von 1 700 bzw. 2 000 Soldaten solle nicht überschritten werden. Aber ist schon vergessen, dass die Bundesregierung noch vor einem Monat die Teilnahme an einer

Umgruppierung oder Verstärkung der UN-Truppen kategorisch ausschloss?

Für die Zukunft heißt es -- Minister Rühle im Verteidigungsausschuss --: Enge Zahlengrenzen können in spezifischen Situationen Schwierigkeiten machen. Oder ein führender Verteidigungspolitiker der CDU am selben Orte: „Der Verzicht auf eine klare zahlenmäßige Begrenzung ist angemessen, damit die Bundesregierung die nötige Handlungsfreiheit hat.

Wir wollen verhindern, daß bei einer Lageveränderung eine Anpassung parlamentarisch abgefragt werden muss." Im Klartext: Nach dem Einstieg mit einer solch engen zahlenmäßigen Begrenzung soll eine pragmatische Anpassung an die Lageentwicklung möglich sein.

Viele Menschen sehen Militär als eine Art robuste Feuerwehr oder Polizei an. Sie trauen dem Militär die Fähigkeit zum schnellen Durchgreifen zu. Eine solche Erwartung mag vor allem in Situationen verzweifelter Ohnmacht naheliegen; sie wird überwiegend durch unsere Fernseherfahrung von Militär begünstigt. Eine solche Erwartung aber ist völlig illusorisch. Vor allem wissen Militärs, dass, wenn der erste Schritt hinein klar ist, darüber hinaus aber das politische Gesamtkonzept und damit auch der Weg hinaus unklar ist, die Wahrscheinlichkeit hoch ist, dass das Gesamtunternehmen scheitert. Dann besteht das erhebliche Risiko, in einen Konflikt bzw. Krieg hineinzuschlittern. Wenn ich in den letzten Tagen und Wochen bilateral mit Militärs gesprochen habe, sah ich bezüglich dieser Bedenken immer nur ein Kopfnicken.

Viele Befürworter des Bundeswehreinsetzes in Ex-Jugoslawien suggerieren - das ist uns von Herrn Gerhardt besonders deutlich vorgeführt worden -, daß derjenige, der diesen Einsatz ablehnt, nur zwei Möglichkeiten gäbe: Tornado oder Wegsehen. Dies ist eine Scheinalternative, die mit der Wirklichkeit nichts zu tun hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD -- Günther Friedrich

Nolting [F.D.P.]: Nennen Sie mal Ihre Alternative!)

-- Herr Nolting, ich komme direkt darauf zu sprechen.

Es gibt drei Beispiele. Erstens. Aggressoren und Kriegführende brauchen Material; sie brauchen Munition, Waffen und Treibstoff. Das Embargo ist seit langem beschlossen. Es ist heute schon mehrfach angesprochen worden, wie die Realität dieses Embargos aussieht: 1992 und 1994 wurde ausgiebig darüber berichtet. 1994 erschien der Bericht, in dem es hieß, dass Ex-Jugoslawien inzwischen zum größten Waffenmarkt der Welt geworden sei. In einer Reportage über die rumänisch-serbische Grenze vom Juni hieß es, dass es im rumänischen Grenzgebiet so viele Tankstellen gebe wie nirgendwo sonst und dass über dieser Gegend ein Dunst von Benzin liege. Das sind deutliche Zeichen dafür, dass es ein funktionierendes Embargo praktisch nicht gibt.

An der bosnisch-serbischen Grenze gibt es eine Überwachungsmission, bestehend aus ungefähr 200 Mann. Anfang Januar erfuhren wir im Verteidigungsausschuss, dass gewünscht wurde, auch 20 Mann aus der Bundesrepublik zu entsenden, dass zu diesem Zeitpunkt allerdings nur zwei Personen gestellt werden konnten. Auf Anfrage musste Minister Kinkel jetzt im Verteidigungsausschuss zugestehen, dass bisher, also seit Oktober, nur drei Freiwillige für diese Mission gefunden seien,

(Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hört! Hört!) dass man aber jetzt, acht Monate später, Methoden gefunden habe, die gewünschte Zahl zu erreichen. Das zeigt die Ernsthaftigkeit, mit der solche Wünsche unterstützt werden.

(Angelika Beer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ein Skandal!)

Zweites Beispiel. Aggressoren und Kriegführende brauchen Soldaten; auch dies ist mehrfach angesprochen worden. Wem ist aber hierzulande schon bekannt, dass sich dem Dienst in der serbischen

Armee insgesamt 300 000 Männer entzogen haben, denen erhebliche Strafen drohen? Von ihnen sind ungefähr 10 000 in der Bundesrepublik. Was aber geschieht mit ihnen?

Diese Flucht aus der kriegführenden Armee wird nicht als Asylgrund anerkannt. Im Gegenteil: Der Abschiebestopp wird aufgehoben. Entsprechende Anträge, diesen Abschiebestopp wieder einzuführen, wurden vom Innenausschuss des Bundestages noch in der vorletzten Woche kategorisch abgelehnt.

(Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Menschen helfen nennt man das!)

Das heißt im Klartext: Die Bundesregierung ist bereit und willens, den Kriegsparteien, ja sogar den Aggressoren wieder Soldaten frei Haus zu liefern. (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ein drittes Beispiel. Die Medien, die bei der emotionalen Mobilmachung für den Krieg eine zentrale Rolle spielten, sollten vielmehr bei der Überwindung dieses Krieges eine zentrale Rolle spielen. Hierzu gibt es ausgezeichnete Einzelinitiativen; eine konzertierte Politik gibt es nicht.

Mit der heutigen Entscheidung sind wir an einem Wendepunkt der deutschen Sicherheitspolitik angelangt: erstmalig möglicher Kampfeinsatz, erstmalig außerhalb der Landes- und Bündnisverteidigung.

Die Bundesregierung hat diesen Schritt in den letzten Jahren in geschickter Salomitaktik vorbereitet. Sie baute systematisch ihre militärischen Fähigkeiten aus, um in Zukunft zu mehr in der Lage zu sein als nur zur Stellung von Sanitätern und Tornados. Noch am letzten Mittwoch hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages wieder erhebliche Gelder für weitere Rüstungsprojekte freigegeben. Wer diesen Weg der zunehmenden Gewichtsverlagerung der deutschen Außenpolitik zum Militärischen nicht mitbeschreiten will, muss heute das Ansinnen der Bundesregierung ablehnen. Ich fasse zusammen: Der geplante Bundeswehreinsatz ist hinsichtlich der

Eskalationsrisiken unverantwortlich. Er ist hinsichtlich seines Anspruchs völlig unglaubwürdig. Er ist im Hinblick auf die Zukunft eine gefährliche Weichenstellung. Das ist nicht nur die Meinung unserer Fraktion, sondern auch vieler Menschen im Lande. Noch heute morgen wurden mir 18 000 Unterschriften von Menschen überreicht, die sich deutlich gegen diesen Auslandseinsatz aussprechen. Sie sehen dort die Sammlung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der PDS -- Angelika Beer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] zeigt die Unterschriftensammlung)

Trotzdem, Herr Minister Rühle und Herr General Naumann: Ich wünsche ausdrücklich nicht - ich glaube, da spreche ich für die ganze Fraktion -, dass sich unsere Warnungen bewahrheiten. Wir wollen wahrhaftig nicht um jeden Preis Recht bekommen.

Aber ich wünsche, nein, ich appelliere an Sie, an die Bundesregierung, an dieses ganze Haus: Nutzen wir endlich konsequent die Möglichkeiten, Aggressionen und Kriegen rechtzeitig das Wasser abzugraben!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der PDS)